

Aufwärts

Bezugspreis:

Einzelheft 10 Pfennig. — Preis: vierteljährlich 3,40 Mk.
Halbjährlich 6,80 Mk. —
Nachdem Bestellgeld.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber O. Jaeger.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Pfg., Kalkulation 1,00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 268.

Vielefeld-Bethel, Sonnabend, den 15. November 1919.

Jahrgang 1.

Magst du, was meine Fehler sind,
Von meinem Feinde gerne hören,
So laß auch meinen Freund dich lehren,
Was man bei mir für Tugend findet.
Spricht man dort Übles ohne Mäße,
Und legt man hier zu viel mir zu;
So wähle du die Mittelstraße
Und denk, ich bin ein Mensch wie du.

Die Entente und Rußland.

Von den vielen schwierigen, verwickelten Fragen, die der Pariser Konferenz noch zu lösen übrig sind, macht das russische Problem den Ententepolitikern die meisten Herzbeklemmungen. Man scheint vor allem in England zu einer völligen Änderung des bisher gehaltenen Kurses bereit zu sein. Ein klares Bild über die einzuschlagenden Wege kann man vorerst freilich noch nicht gewinnen. Die Ratlosigkeit ist groß und die beiden am meisten interessierten Länder England und Frankreich sind sich über ihr Verhalten zu der bolschewistischen Regierung keineswegs einig. Es bestehen vielmehr unliebsame Spannungen zwischen Paris und London, um deren Willen auch Poincaré seine Reise nach England unternehmen hat. Das Ziel, auf welches die Ententepolitik hinsteuert, ist freilich klar. Man hat eine unbeschreibliche Sorge, daß Rußland seinen alten Verbündeten verloren gehen wird und will nun alles daran setzen, daß es sich nicht in die Arme Deutschlands wirft. Das Zutreten zu unserer wiedererwachenden Kraft ist bei den Feinden anscheinend stärker als bei uns. Die Furcht vor einem etwaigen Erstarken Deutschlands, aus der ja die ganze raffinierte Knebelungspolitik uns gegenüber geboren ist, ist der Grund für die Unsicherheit, mit der man jetzt auch Rußland gegenübersteht. Die Imperialisten beider Länder, in England und Frankreich, sehen, daß für die Ruhe der Welt, d. h. für eine unbeschränkte Vorherrschaft der Alliierten in der Welt ein ententefreundliches Rußland die wichtigste Vorbedingung ist. Die Engländer lieben es, im Gegensatz zu uns, vorhandene Gefahren eher zu übertreiben als zu unterschätzen, um dadurch alle Kräfte zu ihrer Überwindung wach zu rufen. So ist es auch eine Übertreibung, wenn es jetzt drüben, jenseits des Kanals heißt: Wenn wir Rußland verlieren, haben wir den Krieg verloren. Denn vorläufig halten die Angelsachsen mit ihrem großen Anhang den Sieg unbestritten in ihrer Hand. Aber das Wort hat doch seine Berechtigung, wenn man bedenkt, daß die Engländer ihre Politik nie bloß auf die nächste Woche, oder das nächste Jahr, sondern auf Generationen hinaus zu machen belieben und verstehen. Nachdem es mit den vereinten Kräften der ganzen Welt, besonders aber mit Hilfe des großen russischen Rivalen, gelungen ist, die Konkurrenz des mächtigsten europäischen Handelsvolkes zu erdrücken, steht man am politischen Himmel ein drohendes Gewitter aus dem Osten aufsteigen, welches wohl geeignet sein könnte, alle erungenen Erfolge in Frage zu stellen oder gar mit seiner zu erwartenden ungeheuren Wucht hinwegzuschwemmen. Rußland bleibt Indiens wegen für England der gefährlichste Feind. Das wissen auch die Bolschewisten in Moskau. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß man dort vor kurzer Zeit eine afghanische Gesandtschaft empfangen hat. Auch Frankreich ist sich dessen wohl bewußt, daß es ohne die russische Hilfe niemals an das Ziel seiner Wünsche, zur Wiedereroberung Elsass-Lothringens hätte gelangen können und es ist deshalb trampfhaft bemüht, sich diesen mächtigen Freund gegen seinen Erbfeind Deutschland zu erhalten. Aber über die hierbei anzuwendenden Methoden ist man sich eben bei der chaotischen Verwirrung in Rußland ganz im Unklaren und die Pläne Englands und Frankreichs gehen scheinbar auseinander.

Die regierenden Männer in Paris lehnen es ab, irgend wie mit dem Bolschewismus sich zu vertragen. Sie wissen ganz genau, daß der Sieg des Bolschewismus in Rußland, der ja auf die Verhältnisse in Deutschland nicht ohne Wirkung bleiben könnte, dann zu allererst die in Frankreich noch unerschütterlich stehende Herrschaft des Kapitalismus stürzen würde. Darum wünschen sie den Kampf gegen Moskau

und die Anhänger Lenins, soweit es nur in ihrer Kraft steht, zu fördern. Der Interventionismus, d. h. die Strömung, welche im Innern Rußlands die Revolution unterdrücken will, hat deswegen in Frankreich noch immer Oberwasser. Zwar kann man wegen der Kriegsmüdigkeit des Heeres und der gereizten Stimmung der Sozialisten, die mit den russischen Freunden sympathisieren, militärische Hilfe nicht mehr leisten. Aber die Günst der französischen Regierung gehört deshalb doch noch den Führern der Gegenrevolution. Das Mutterland der Revolution, welches sich vor 100 Jahren mit leidenschaftlicher Kräfteanstrengung der in Frankreich einrückenden reaktionären Heere: erwehrt und sie in kühnem Siegeszug alle zertrümmert hat, tritt heute selbst auf die Seite der Reaktion. Ein neuer Beweis, daß innere und äußere Politik nur wenig miteinander zu tun haben.

Der zweite beherrschende Gedanke der französischen Politik ist die Vereinigung der Randstaaten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer. Man will einen Gürtel um Deutschland legen, einen Gürtel von Staaten, die Rußland und das Deutsche Reich auseinander halten sollen. Die Hauptglieder dieses Staatenverbandes sollen die beiden ganz im französischen Fahrwasser segelnden Länder Polen und Rumänien sein. Mit dem letzteren hat Frankreich, ganz gegen den Willen seiner großen Alliierten, ein Bündnis geschlossen, welches in Bukarest freudigen Widerhall gefunden hat. Das Bündnis liegt in der Karte Italiens. Deshalb unterstützt ja auch Frankreich mit allen Kräften die Ansprüche Italiens in Trium. Die Freundschaft zwischen den eleganten, leichtlebigen Franzosen und den heißblütigen Polen hat eine uralte Vergangenheit. Zwischen Paris und Warschau haben immer gute Beziehungen bestanden. Schon zur Zeit des Großen Kurfürsten hatten sich die verwandten Seelen im Osten und im Westen Deutschlands gefunden. Napoleon richtete nach den Teilungen Polens das Großherzogtum Warschau wieder auf. War er auch nach seiner vernichtenden russischen Niederlage nicht imstande, ihm bleibende Existenz zu sichern, so gab er doch damit einen neuen Beweis der französischen Freundschaft. Die Erinnerung an das Bündnis mit dem zaristischen Rußland, dem Unterdrücker Polens, wird heute zwar in Paris als peinlich empfunden, schließt aber die freilich etwas merkwürdig anmutende Begegnung nicht aus: Frankreich hätte immer ein Interesse an der Selbstständigkeit Polens gehabt. Um schöne Phrasen ist man ja in Paris nie verlegen, wenn es gilt, die eigentlichen Triebkräfte der Politik zu verschleiern. Daß diese letzten Endes nicht in einer besonderen Liebe zu Polen, sondern in der nie erfaltenden Feindschaft gegen Deutschland zu suchen sind, bedarf nur der Erwähnung.

Es sind Anzeichen vorhanden, daß auch die baltischen Länder in den polnisch-rumänisch-italienisch-französischen Bund eintreten. Die Bemühungen um diesen Anschluß werden immer stärker. Wenn es tatsächlich gelingt, auf diese Weise Deutschland und Rußland zu trennen, so hat die französische Politik einen gewaltigen Sieg und wir eine unerwindliche Niederlage davongetragen. Darum ist es unsere Aufgabe, diese Absichten der gerissenen und durch den Haß klug und findig gemachten französischen Politiker zu durchkreuzen. (Schluß folgt.) S. W.

Innerdeutsche Voraussetzungen des Zusammenbruchs.

I.

„Wir sind verraten!“ hieß es bei den Franzosen, als sie Krieg und Kaiserum an die Deutschen verloren hatten. Denn die Eitelkeit des Volkes der Zivilisation ließ das Geschehnis nicht zu, vom Feinde besiegt zu sein. Man stellte daher nach dem Kriege die angeblich Schuldigen vor Gericht. Bei uns geht es jetzt ähnlich her. Oft genug haben wir hören müssen, die Junker und Kapitalisten, die Militaristen und Altschulden hätten das Volk belogen, Sieg verkündet, wo die Niederlage unausbleiblich war, hätten die Friedensmöglichkeiten, die Wilson und der Papst geboten hätten, mutwillig unausgenutzt gelassen und so den Krieg verlängert, obwohl sie selbst genau gewußt hätten, daß ein

Sieg nicht mehr möglich war. Diese Herrschaften gehörten vor einen Staatsgerichtshof, der die Schuldigen abzurteilen hat. Sozialisten und Radikale wetteifern darin, die Schuld an Krieg und Niederlage der Deutschen Regierung zuzuschreiben und nutzen dazu auch die Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses aus.

Von nationaler Seite dagegen wird die Hauptschuld an dem Zusammenbruch den Sozialdemokraten in die Schuhe geschoben, die durch ihre Hege Heer und Heimat zermürbt und durch die erzwungene Abdankung des Kaisers, die Auflösung des Heeres uns ehrlos und wehrlos gemacht hätten, so daß wir den Schmachfrieden unterzeichnen mußten. Freilich wird auch der alten Regierung ein Teil der Schuld aufgebürdet, daß sie fortwährend den Friedensfreunden, Ultramontanen und Sozialdemokraten nachgegeben habe, anstatt mit fester Hand alle Gegner einer entschlossenen Kriegsführung und eines deutschen Friedens unschädlich zu machen. Die feindlichen Staaten werden ihr als Spiegel vorgehalten, da habe man es verstanden, den Kriegs- und Siegeswillen allen Gegenströmungen zum Trotz starr zu erhalten.

Diese gegenseitige Anklage und Selbstzerfleischung ist sehr bedauerlich, nicht zum wenigsten dem Auslande gegenüber. Aber wir Deutsche stellen nun einmal Wahrheit und Recht über alles, und scheuen vor Selbstbeschnürung nicht zurück, wenn man einer Sache auf den Grund gehen will. Indessen wäre es doch sehr zu wünschen, daß gerade in solchen heißen Fragen mehr Ruhe und Sachlichkeit waltete, um so eher stellt man den wahren Sachverhalt fest, soweit das schon möglich ist, und vermeidet unfruchtbares, fräseaufreibendes Gezänk.

Es ist wohl nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß man mit der Zeit immer deutlicher die wahre Ursache unserer Niederlage erkennen wird, nämlich die feindliche Übermacht an Munition, Menschen und Kriegsmaterial. So schmerzhaft es uns sein mag, so müssen wir doch eingestehen, daß wir trotz guter militärischer Führung militärisch unterlegen sind. Die Rede vom unbeflegten deutschen Heer gehört in das Reich der Fabel; gewiß ist es nicht zersprengt und in regellose Flucht geschlagen worden, die Front ist auch nicht durchbrochen, oder wenn das örtlich geschehen war, doch wieder gehalten worden. Aber es ist nicht gelungen, die feindlichen Heere zu zerschmettern oder ihr Vordringen aufzuhalten, damit aber war unsere militärische Niederlage besiegelt und es wäre dem geschwächten und entmutigten deutschen Heere wohl nicht gelungen, den Feind an der Landesgrenze aufzuhalten.

II.

Wenn aber auch die militärische Überlegenheit der Feinde unsere Niederlage verursacht und uns zum Abschluß des Waffenstillstandes und des Friedens gezwungen hat, so sind gleichwohl auch innerdeutsche Ursachen nachweisbar, die den Zusammenbruch sozusagen von langer Hand vorbereitet haben. Hierbei ist weniger an die Wirkung der Hungerblockade oder an die Verhütung durch radikale Elemente zu denken, sondern an die eigentümliche Gestaltung unserer innerpolitischen Verhältnisse, wie sie durch unsere ganze Geschichte mindestens seit der Reformationszeit bedingt war.

Zweifelloso hat es unserem Volke an innerer Geschlossenheit und an politischer Schulung gefehlt; in beiden Punkten waren uns die Franzosen, Engländer und Amerikaner überlegen. Aber diese beiden Mängel sind durchaus in unserer Geschichte begründet.

So spaltete die Reformation unser Volk in eine katholische und in eine evangelische Hälfte, die sich sowohl mit den Waffen als auch geistig, heimlich und offen bekämpften. Wohl umschloß das deutsche Kaiserreich die deutschen Katholiken und Protestanten mit einem Einheitsbunde, aber es bestand seit den Tagen des Kulturkampfes eine gewisse Abneigung gegen das evangelische Kaiserum der Hohenzollern. Daher war der katholische Volksteil nicht mit ganzem Herzen an der Erhaltung des kaiserlichen Kaiserums interessiert, wenn es natürlich auch kaisertreue Katholiken gab und gibt. Als nun der Papst die Gedanken der katholischen Internationale verkündete, die ließ man im katholischen Lager das Vaterland fahren und folgte dem Ruf des italienischen Kirchenfürsten, der als Friedensstifter und Völkervhirt erscheinen und sein katholisches Reich fest begründen

jeber war sich
pocht und trat
einem Bewissen
Ber heute von
e Abnung von
roßen Entschel
mukten darauf
chlechter gestell
führte das Bst
ber alles dem
t der Wilson,
was sich Eng
Hilfsweltend
ist verschuldet.
in völlerrechtlich
waren sie für
Bürgerkrieges
eist sie praktisch
wäre. Damals
papierne New
er sich für die
e Entente
hat den Krieg
ten von Men
t. Warum tat
Grafen Bern
st nicht stören
kanisches
s deutsche Volk
Amerika flag
durch die Rob
Amerikas schon
chleitung doch
der Vereinig
deuten würde
atgegengetreten
er rücksichtslos
gelingen sollte
... Der Reichs
buid auf. Aber
sch gesagt wer
sch ging, die
Wein einge
der Zentrums
tische Entschel
allein verant
anizer sich bei
wessentlich auf
erleichterung zu
zugunsten des
arf der Reichs
schstages sich
agregation, die
r Wage bildete,
in die Hände
edensvermitte
ten beim Gro
aber niemals
n und aber
e Gefahr, daß
Gründen einer
r paßt würde.
nen bestimmten
ische Feldzug
ung dem Kriege
Jeder fühlte,
Friedensgloden
ngen eine ent
alle Mit
es Unteranges
Oktober erklärt
über die Lage
die Enttäuschung,
artoffel mittags
nen war. „Ich
cht besucht. Was
ngten, das hab
in Sicht!“ Keiner
Morgenluft sah,
iese grünen Wie
ornstapel, Wind
Der Anker sinkt,
empfangen uns.
ischungen! Wie
als Verbrecher
bad unser Zug
sch unentgeltlich
treten wir den
t uns noch eine
gerufen, um ein
gutes, ein deut
te Kreuz. Unver
orge und Gebuld
interkunft. Aber
„Wir Deutschen
Darunter hatte
noch Amerika!“
Denn am liebsten
pakt für uns und
t ausladen, fort
zuziehen, volle
sonntag und den
Nichter und Be
rita gewiß keine
er erste Sonntag
f sie brachte! —
r von Weib und
ie endlich wieder
ie Bildermaleret

antwortete der Kaiser mit folgendem Brief,
der doch auch herangezogen werden muß:
„Der Vorschlag, Frieden zu machen, ist eine
glatte Fiktion, die notwendig ist, um die Welt, auch
die Neutralen, von dem auf ihnen lastenden Druck
zu befreien. In einer solchen Fiktion gehört ein Herr
der ein Gewissen hat, sich Gott verantwortlich
fühlt und ein Herr für die Menschheit be
geistet, der unbeschwert um Mißdeutungen seines
Schrittes den Willen hat, die Welt von ihren Lei
den zu befreien. Ich habe den Mut dazu, ich will
es im Vertrauen vor Gott wagen.“
Gibt es jemand, der an der Ehrlichkeit der Ab
sichten des Kaisers, Frieden zu machen, zweifelt, der
diesen Ernst, dieses Verantwortlichkeitsgefühl bezwei
feln möchte, der es wagen würde diese Zweifel in
die uns heute noch feindlich gesinnte Welt hinauszun
ragen?
Es wird ein Ruhmestitel des deutschen Namens
für alle Zeiten sein, daß von Deutschland und seinen
Verbündeten zuerst die Frage des Friedens aufge
worfen worden ist. Am 12. Dezember ging unser
Friedensangebot heraus. Es war ein vernünftiger
Vorschlag. Wir wollten keine Wilsonsche
Fiktion durchsetzen. Im Gegenteil, wir waren stur
schlich Wilson gegenüber. Unser Friedensangebot wurde
mit jänkender Schärfe von der Entente abgelehnt.
Die Kriegsziele der Entente bedeuteten nichts weniger
als die Niederwerfung Deutschlands, die Auflösung
der Österreichisch-ungarischen Monarchie und die Zer
stückung der Türkei, ein Programm, das den Fried
ensbedingungen von Versailles gleicht wie ein Ei
dem andern.
Die Kollektivnote der Entente vom 7. Januar
zeigte, wohin die Friedensbestrebungen Wilsons eigent
lich zielten. Die Vorkchaft Wilsons vom 22. Januar
an den Kongress enthielt nach Ansicht des Grafen
Bernstorff nicht nur keine Zurückweisung der Kriegs
ziele der Entente, sondern eine Benuferung der Fried
ensziele der Mittelmächte zugunsten der Entente. Da
mit waren die unerhörten Kriegsziele der Entente
von Wilson beigezeichnet, die für uns unannehmbar
waren.
Aus diesen Vorgängen erklärt es sich, daß schließ
lich bei uns sich das Gefühl durchsetzte:
Tauf dem Gott, der uns vor die'm Frieden
vermittler bewahrt hat!
In der Vorkchaft Wilsons war auch die Rede von
einem einigen, selbständigen, unabhängigen Polen, und
gleich darauf sprach er von dem Weg zur See für
alle großen Nationen — somit auch für Polen —
und über die Regelung der Finanzgarantien, wie wir
sie so herrlich durch den Frieden von Versailles
bekommen haben. Für ein nicht niedergeschla
genes Deutschland waren diese Vorkschläge
unannehmbar. Graf Bernstorff hat auch be
stätigt, daß Wilson keine Ahnung von den Verhältnissen
in Polen hatte. Hätte er sie gehabt, so würde ich
ihn als den größten Kriegsverlängerer be
zeichnen. Wenn er in dieser Situation am 22. Ja
nuar über unseren Kopf hinweg sich für ein einiges
Polen aussprach, so mußten wir tatsächlich Dank emp
finden, vor solchem Friedensvermittler bewahrt zu
werden. Hinter der Vorkchaft des Präsidenten Wil
son vom 22. Januar 1917 zeigte sich bereits das
Gesicht des Wilsons von Versailles.
Daraus wird die Beratung abgebrochen. Am
Freitag wird Staatssekretär a. D. Heffrich seinen
Vortrag fortsetzen.

Preuß. Landesversammlung.
79. Sitzung vom 12. November 1919.
Das Haus erledigt zunächst einen Bericht des Geschäfts
ordnungsausschusses über den Antrag des Kaufmanns Wiesel
in Frankfurt a. M. auf Genehmigung zur Strafgerichtlichen
Verfolgung des Abg. Kiedel-Charot-enourg, der den Frank
furter Verkehrs-ausschuß leidet haben soll. Der Aus
schuß hat einstimmig beschlossen, die Genehmigung zur Straf
gerichtlichen Verfolgung des Abg. Kiedel nicht zu erteilen.
Danach wird die zweite Lesung des
Verhandlungs
fortgesetzt.
Abg. Martin (Dtschnt.): Die radikalen Elemente im
Außenministerium haben keine andere Idee, als den
gefährlichen Menschen, die unsere gesamte Wirtschaft lahm
legen wollen. (Sehr richtig! rechts.) Wir stehen vor einem
Abgrund, der uns verschlingt, wenn wir nicht alle Kräfte
reihen. Die Führer der Gewerkschaften haben sich für
bessere Förderung bemüht, mühen aber, wie der Abg. Lim
bert, vor den eigenen Augen kapitulieren. (Gelegter Wider
spruch des Abg. Limbert.) Angesichts der Ernährungs
verhältnisse ist die Erzeugung der Arbeiter begreiflich, be
sonders, wenn sie damit das Leben des Schiedsrichters
vergleichen. Unter letzteren befindet sich u. a. aber auch
der Gelehrte Ernst aus Sager. (Sehr richtig! rechts.) Aus
Gründen der Humanität und der Ethik ist es fordern wir, daß
die Arbeiter möglichst bald aus der ihnen anvertrauten Arbeit
entlassen werden. Die Frau gehört ins Haus. (Sehr
richtig! rechts.)
Abg. Eger (Btr.): Die Maßnahmen des Generalkom
mandos Münster haben auch ich vom ge. e. s. d. t. d. e. n. S. d. n. t.
pakt häufig bedauert. Aber man muß bedenken, daß sie
durch die terroristischen Gewalttaten bedingt waren, die sich
im Außenministerium ereignet hatten. Den fast rein politischen
Charakter der Bewegung im Münster hat in dem Frühjahr
man nicht wegzugehen. Die radikale Ausbeutung der
Frauen ist weiter zu fördern. Die startoffenheit im Münster
wird, die zu einer Katastrophe zu führen droht, muß schne
ellig beseitigt werden. Ebenso muß das Wohnungsproblem
durch Vergewaltigung gelöst werden. In der Tarif
frage müssen wir uns nicht zu einer bescheidenen Lösung
ergeben. Endlich ist die Schaffung eines Reichswegegesetzes
und eines Reichsstaatsbankgesetzes zu fordern.
Abg. Ränger-Oberhausen (D. Bp.): Den soeben im Aus
ßenministerium abgelehnten Antrag, der rund 440 000
Bergarbeiter erfaßt, begrüßen wir als einen Frucht mühe
voller Arbeit, die aus der Arbeitsgemeinschaft erwachsen
ist. Auf diesem Wege muß weiter gegangen werden mit dem
Ziele, aus dem Wirtschaftskrieg die politischen Parteistämpfe
auszuschalten. Am Unternehmenseproblem werden sich die
Gründe der Sozialisierung die Bahne ausbilden. Die Er
wägungen im praktischen Leben sind eben stärker als graue
Theorie. (Beifall b. d. Bp.)
Abg. Christmann (U. Soz.): Die Besenbesitzer klagen

auern über Arbeitermangel, aber wenn geeignete Arbeits
lose aus den Großstädten auf die Berge geschickt werden, so
werden sie nicht eingestellt, auch wenn Wohngelegenheit vor
handen ist. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Im Erzbergbau sind
die Löhne außerordentlich niedrig.
Ministerpräsident: Von Reichs wegen ist ein Rahmen
gesetz in Vorbereitung, in dessen Rahmen die Verfassung
der Bergwerke in das Staatsvermögen gebracht soll. Wenn
das Schiefergesetz in Zukunft nicht mehr an Private verliehen
würde, so wäre damit dem allgemeinen Nutzen nicht ge
dient. Die Braunkohlenfelder sind in der Hauptsache schon
vergeben, und nach Meinung der Sachverständigen können
große neue Funde nicht mehr gemacht werden. Es wäre
also kein finanzieller Vorteil, wenn der Staat allein die
Bergwerke übernehmen soll. Mehr als liegt es im Erzberg
bau. Auf die Bergwerke muß der Staat großen Einfluß
haben, aber die weitaus meisten Leistungen, die bisher von den
privaten Gesellschaften vollbracht worden sind, dürfen wir
nicht ganz verach. Die Verstaatlichung der Bergwerke,
die Verstaatlichung ist so gut wie erledigt, und wir werden
dafür sorgen, daß sie nicht etwa wieder aufsteht. Die Be
amtengehälter stehen allerdings vielfach zurück hinter denen
der Angestellten und Arbeiter; aber das ist eine ganz allge
meine Erscheinung, sie wird verschoben, wenn wir erst eine
generelle Revision der Bezahlungordnung werden durchge
führt haben. In der Frage der Kohlenverteilung habe ich
nichts übertrieben, sondern nur die ungeschminkte Wahrheit
gesagt. Wir sind an der Grenze dessen, was vom Staate
verlangt werden kann. Der Streit aber, daß für die Arbeiter
in letzter Zeit an Rechten und Bewegungsfreiheit nichts
herausgekommen wäre, widerstreicht ich entschieden.
Abg. Hue (Soz.): Die Rechte hat die Gesellen gestrichelt
und die Sozialdemokraten immer als Vaterlandsverräter
hingestellt. Die wilde Sozialisierung haben Sie (nach rechts)
Gedanken machen wollen. (Sehr richtig! rechts.) Wir warnen die Rechte
dringend, diesen Spuren zu folgen. Hüten Sie (nach rechts)
mehr Verständnis für die Wünsche des Volkes gezeigt, so wären
wir nicht in der jetzigen unglücklichen Lage. (Rufe rechts:
Durch die Revolution, die Sie gemacht haben!) Was hier
vom Regierungssitz gesagt wurde, vertritt sich nicht mit
dem Geist der Sozialisierungsdebatten in Weimar. (Beifall
b. d. Soz.)
Handelsminister Präsident: Wenn Sie, wie der Abg. Hue
verlangt, keine Entschädigung geben, dann treffen Sie in
diesem Fällen gar nicht denjenigen, der mühselos Millionen
einsammelt, sondern gerade Sie, die das Geld ausgegeben
haben, das Ihre Väter erworben haben.
Abg. Reinecke (Btr.): Es müssen in erster Linie Maß
nahmen getroffen werden, um die Entstehung der Berg
werkskrisen zu verhindern; was das nicht gelungen ist, muß
ein ausreichender Schadenersatz eintreten.
Abg. Mippel (U. Soz.): Die jetzige Regierung leidet
unter dem Gespenst der Strafe, das hier immer wie er her
aufbeschworen wird. (Sehr richtig! rechts.) Dieses Gespenst
der Strafe bringt uns nicht gesunde Reformen, sondern den
asiatischen Sozialismus des Herrn Hoffmann, der im fernsten
Rußland absolut Vorkant gemacht hat. Der sogenannte
mammonistische materialistische Geist ist nicht an eine Par
tel gebunden; er hat uns den Krieg verlieren lassen und
hat Ihnen (nach links) auch die Revolution nach Ihrer An
schauung verfallen, hat sie zu einer Zohnbewegung herabge
drückt. Die allgemeine Auffassung ist doch die: Die Revo
lution soll uns ein besseres Leben und den anderen weniger
Rechte geben. (Abg. Adolf Hoffmann: Verschleimen soll nicht
der faule Bauch, was fleißige Hände erwerben! Das wollen
wir!) Nicht durch übertriebene Forderungen, durch gegen
seitige Verhöhnung, sondern nur durch den Versuch, alle,
die arbeiten wollen, zusammen lassen, können wir aus
dem Elend herauskommen, unter dem wir alle leiden. (Beif.
Beifall rechts.)
Abg. Ludwig (U. Soz.): Was in Rußland geschehen ist,
reicht nicht an das Blutmeer heran, das Sie (nach rechts)
während des Krieges angerichtet haben.
Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.): Väterlich ist die Be
hauptung, daß die alte Fraktion nicht mehr existiert; sie
hat nur die Firma gewechselt. Ist es unsere Schuld, daß
Ihre von Offizieren aufrechten Wörtern die Nacht und
die Rosa Luxemburg niedergeschossen haben?
Die Aussprache schließt. Nächste Sitzung Donnerstag
12 Uhr: Kriegswirtschaftsausschüsse für Gemeinden, kleine
Vorklagen, Haushalt des Staatsministeriums.

Deutsches Reich.
— Feldmarschall v. Hindenburg ist am Mittwoch
zur Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß in
Berlin eingetroffen. Von einer großen Volksmenge wurden
ihm begeisterte Ausdrücke bereitet.
— In Berlin fanden sich am Dienstagabend über
10 000 Personen zu einer mächtvollen Kundgebung gegen
die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen zu
sammen und beschlossen die Einberufung von 30 Massen
versammlungen.
— Die Zahl der ausgewanderten Deutschen aus Elsaß
Lothringen ist in den letzten Wochen erheblich gestiegen;
durch die Offenburger Reichsübergangsstelle sind bisher
62 721 Flüchtlinge und 9327 Ausgewandene gegangen.
— Der Oberste Rat hat die Antwort an Deutschland
bezüglich einer Volksabstimmung in Eupen und
Malmedy genehmigt. Der Rat weigert sich, dort eine
Volksabstimmung stattfinden zu lassen.
— Zum Nachfolger Hugo Baumes im Vorsitz der Frak
tion der unabhängigen Sozialdemokratie in der National
versammlung ist der Abg. Edgar Sohn auserselzen.

Die Bischöfe beanstanden die Reichsverfassung.
Die Bischöfe der Fuldaer Bischofskonferenz haben an
die deutsche Reichsregierung eine feierliche Reichsver
wahrung gelangen lassen, worin sie zwar anerken
nen, daß die neue Reichsverfassung auf einzelnen Ge
rechten der Kirche größere Freiheit bringt, aber auf
der anderen Seite einen Einbruch in die unerschütter
lichen Rechte der Kirche. Solche Bestimmungen seien
in Art. 13 Nr. 1, Art. 137, 138, 143-149 enthalten,
wo das Reich in Anspruch nimmt, im Wege der Gesetz
gebung Grundzüge aufzustellen, für die Rechte und
Pflichten der Kirche, für die einseitige Abkündigung
der Staatseisenbahn und für den Unterricht und die
Erziehung der Jugend. Endlich dürfe der Eid auf
die Verfassung den Katholiken nicht in Gewissens
konflikt mit göttlichen und kirchlichen Begehren bringen.
Von dem christlichen Grundgesetz ausgehend, daß Staat
und Kirche zwei verschiedene von Gott gewollte, jede
auf ihrem Gebiete selbständige und darum gleichbe
rechtigte Gewalten sind, geben die Bischöfe der Heber
kennung Ausdruck, daß sich hinsichtlich verschiedener
Artikel der neuen Verfassung des Deutschen Reiches,
die sie beanstanden müßten, eine friedliche Ver
ständigung zwischen den verantwortlichen leitenden
Stellen in Staat und Kirche ohne Schwierigkeit wird
erzielen lassen.

Neuregelung des Reichstagswahlrechts. Wie der
Berliner Korrespondent der „Möln. Zeitung“ erfährt,
besteht im Reichsministerium des Innern die Absicht,
das Reichstagswahlrecht insofern auf neue Grundla
gen zu stellen, als eine wesentliche Verkleinerung der
bisherigen Wahlbezirke vorgenommen werden soll. Im
Zusammenhang damit trägt man sich mit dem Gedan
ken, den Grundtag aufzustellen, daß jeder Kandidat,
der in einem Wahlkreise mindestens 60 000 Stimmen
auf sich vereinigt, als gewählt zu gelten hat. Dagegen
sollen die Stimmen derjenigen Kandidaten, die hinter
dieser Zahl zurückbleiben, für die verschiedenen Par
teien für das ganze Gebiet des Reiches zusammen
gestellt werden und an der Hand ihrer Vergleichung
weitere Abgeordnete als gewählt gelten. Man würde
also zu Abgeordneten gelangen, die aus örtlichen
Wahlkreisen hervorgehen, und zu anderen, deren
Stimmenzahl sich aus mehreren Wahlkreisen zusam
menrechnet.
**Die Rücktransporte der Gefangenen aus Frank
reich anhalten.** Wie die „Deutsche Tageszeitung“
aus Essen erfährt, hatten die Franzosen am Montag
mit dem Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen
begonnen. Der erste Zug der Kriegsgefangenen aus
Frankreich für das rheinisch-westfälische Industriegebiet
brachte ist Dienstag mittag in Essen eingelaufen.
Weitere Transporte befinden sich bereits innerhalb
der deutschen Reichsgrenzen. Da erging von Paris
der Befehl, den weiteren Abtransport einstweilen ein
zustellen. Während die ersten Kriegsgefangenen trans
porte die Grenze passiert hatten, wurden etwa zehn
Transporte, die sich noch auf französischem Boden be
fanden, festgehalten und die Kriegsgefangenen zurückbe
ordert. Welche Vorstände diese Maßnahme veranlaßt ha
ben, läßt sich im Augenblick nicht ermitteln.
**Deutschlands Heberbevölkerung der wahren Ariens
grunds.** Die Brüsseler „Gazette“ bespricht die Anwe
senheit der deutschen Delegierten in London und die
Frage des Milchmangels, die dort zur Verhandlung
kam, und bemerkt zum Schluß wörtlich:
„Und warum sollen wir die Heberbevölkerung Deut
schlands wünschen, dessen Heberbevölkerung die Kriegswirtschaft
gewinnen ist. Deutschland ist, wie es jetzt ist, bevölkert
genug. Ein Heberbau an Bevölkerung in Deutschland
wird immer eine Gefahr für die Welt bedeuten.“
Von gleichem Haß gegen Deutschland sind nach
stehende Äußerungen des französischen Finanzmin
isters Klotz erfüllt. In einer Wahlversammlung führte
der Minister aus, daß erst für die französischen Kin
der gesorgt werden müsse, ehe die deutschen an die
Reihe kämen. Die Behauptung, daß die deut
schen Kinder zu wenig Milch erhielten, könne
diese Notwendigkeit nicht aufheben. Wir können, so
sagte er, unsere Forderungen, die durch die Friedens
konferenz aufgegeben werden, nicht zurücknehmen. Die
Abgabe von 90 000 Kühen ist zum Teil eine Entschä
digung für die 140 000 Kühe, die die Deutschen uns
weggenommen haben. — Angesichts dieser unerbit
lichen Haß und Vernichtungswillen atmenden Äuße
rungen kann man es nicht begreifen, daß sich immer noch
Leute finden, die um die Freundschaft der „ritter
lichen“ Franzosen geradezu betteln.
Vorentscheidungen für Auslandsdeutsche. Die
Reichsregierung hat mit Zustimmung des Haushalts
ausschusses der Nationalversammlung beschlossen, einen
namhaften Teil des bewilligten Anleihenbetrages zur
Verkauf von Vorkäufen, Beihilfen und Unterstützun
gen an Deutsche zu verwenden, die anlässlich des Krie
ges im Auslande Schäden erlitten haben. In dem Ver
fahren über die Auszahlung der Gelder werden die
Geschädigten selbst bei der Prüfung der Anträge und
bei der Beschlußfassung durch ihre Interessenvertre
tungen mitzuwirken haben. Wahrscheinlich wird eine
Neuanmeldung der Ansprüche erfolgen müs
sen, über die Näheres noch bekannt gegeben wird.
Der Präsident der Reichsentwädigungskommission hat
Anweisung zur beschleunigten Ausschüttung der aus
geworfenen Gelder erhalten. Die Reichsentwädigungs
kommission ist dem neugeschaffenen Reichsmini
sterium für Wiederaufbau unterstellt werden.

Rundschau im Auslande.
Der Wiener Stadtrat beschloß die Umbenennung
von 62 Straßen und Plätzen Wiens, um hierdurch die Er
innerung an die Zeit vor dem Unheil auszulöschen. Diese
Umbenennung soll ein Gedenktagsgeheim für die Republik
darstellen.
Das belgische Marineamt hat bei dem interalli
erten Rat durchgesetzt, daß die Blockade der Ostküste,
sowie Schiffe, die nach Belgien bringen, in Betracht
kommen, rückgängig gemacht wird.
Nach Pariser Zeitungsmitteilungen verlangt Frank
reich die Auslieferung von 600 Deutschen auf
Grund des Artikels 228 des Friedensvertrages.
Die Belgrader Regierung hat eine Verordnung
erlassen, der zufolge alle feindlichen Ausländer, Deutsche,
Österreicher, Bulgaren und Türken innerhalb 48 Stunden
Südwesten zu verlassen haben.
Der allgemeine Ausbruch der Vergewaltigung in India
napolis (Nordamerika) hat beschlossen, in Ausführung
der vom Gericht gegebenen Anweisung den Streik der Ar
beiter in den Braunkohlenbergwerken für beendet zu er
klären.
Polen: Ein Friedenskonkord in Warschau.
Nach einer Warschauer Mitteilung des Londoner He
berblattes „Daily Herald“ beabsichtigt die polnische Re
gierung, die kriegführenden Parteien in Rußland und die
Großmächte zu einer am 15. Dezember beginnenden Ver
ratung über die Herstellung des Friedens in Rußland nach
Warschau einzuladen. Alle kriegführenden Parteien in Ruß
land sollen aufgefordert werden, die Feindseligkeiten am
25. November einzustellen. — Amerika soll den Vor
schlag gemacht haben, Trost anzufragen, ob er bereit sei,
bei der Einberufung einer Nationalversammlung, die über
die Regierungsform Rußlands Beschluß fassen soll, mitzu
wirken.
Frankreich: Ausfälle trafen in Paris.
In den Pariser Druckereien ist ein Streik aus
gebrochen. Das einzige Blatt, das von den Zeitungsver
legern gemeinsam herausgegeben wird und sich „La Presse
de Paris“ betitelt, teilt mit, daß der Streik der Drucker durch
eine Forderung zur Erhöhung des Tageslohnes um 5 Franken
hervorgehoben wurde. — Der Streik der Angestellten des
großen Pariser Warenhauses Bon Marché und der Galeries
Lafayette kann noch nicht als beendet gelten. Etwa 5000
